C. Diskussion

Am 8. Dezember 1999 setzte die „taz“ mit ihrem Artikel „Letzte Mahnung“ und der darin veröffentlichten Liste des American Jewish Committee über Firmen, die im Dritten Reich Zwangsarbeiter beschäftigt hatten und sich bis jetzt einer Beteiligung am Entschädigungsfonds verweigerten, ein öffentliches Zeichen. Die Diskussion, die bis jetzt eher in fachlichen bzw. parlamentarischen Kreisen „verborgen“ geführt wurde, nahm breite öffentliche Dimensionen an.
Den Kreis Düren erreichte die Diskussion, weil auch lokale Firmennamen in der Liste auftauchten. Dabei hatte das Thema auch in früheren Veröffentlichungen eine Rolle gespielt (s. auch Kap. B), war aber auf Grund der geringeren öffentlichen Brisanz nicht wahrgenommen worden.
Die folgende Aufstellung will einen (weitgehend lokalbezogenen) Überblick über die öffentliche Diskussion geben, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

AN, 14.6.1988

Acht Millionen Zwangsarbeiter

Ein paar Konzerne zahlten an Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge

DN, 26.1.1989
[Dr. Manfred Bierganz]
In Arnoldsweiler gab es mit das größte „Stammlager“ im Rheinland

Kriegsgefangene als billige Arbeitskräfte

13,50 Reichsmark monatlich für täglich neun Stunden Arbeit berechnet
[...]
Insgesamt gab es im Kreis Düren bereits im Frühjahr 1941 20 Kriegsgefangenenlager. Aus Gründen des allgemeinen Interesses seien sie hier alle aufgeführt: Arnoldsweiler, Haus Koch; Arnoldsweiler, Haus Rath; Birkesdorf, Gehlen; Birkesdorf, Richrath; Birkesdorf, Iven; Birkesdorf, Teppichfabrik Schoeller; Bubenheim; Burgau; Derichsweiler, Mühle; Dirlau bei Vettweiß; Düren, Mohren und Hoch; Düren, Ostschule; Düren, Riemannkaserne; Düren, Ziegelei Commer; Düren, Metallwerke; Düren, Canzler; Düren, Glashütte; Düren, Papierfabrik H.A. Schoeller; Düren, Papierfabrik H.F. Schoeller und Düren, Südstraße.
[...]

AN, 16.9.1989

SPD will Stiftung für Zwangsarbeiter

AN, 7.3.1990

Entschädigung für 13 Millionen Polen?

Zwangsarbeiter erhielten bisher keine individuelle Wiedergutmachung – Wirtschaft zahlte spät

AN, 9.3.1990

Rot-grüner Vorstoß für NS-Opfer

AN, 5.10.1990

Rückkehr an einen Ort des Schreckens

Gut 30 ehemalige Zwangsarbeiter besuchten nach 45 Jahren wieder Köln

DZ, 2.2.1991
Russische Studentin spielte Dienstmädchen

„Liebeserklärung“ aus Kostopol nach Merken

„Et Rös“ gab nach 45 Jahren Lebenszeichen

DZ, 9.5.1991

Erinnerung an eine Welt des Todes

Gerard Ferrand an den Stätten seiner Vergangeheit – Arzt im Gefangenenlager [Stalag Arnoldswei-

ler]

AN, 4.9.1991
Elf Millionen Verschleppte

AN, 17.10.1991
500 Mark für NS-Sklaven
Bonn will Zwangsarbeiter in Polen entschädigen

AN, 10.4.1992
Besuch aus Polen:
16 ehemalige polnische KZ-Häftlinge werden vom 24. April bis zum 13. Mai auf Einladung des Caritasverbandes für das Bistum Aachen und des Maximilian-Kolbe-Werkes einen Kuraufenthalt in der Eifel verbringen. [...]

DN, 11.4.1992
Wiedersehen nach 48 Jahren
Ukrainer arbeitete im Weltkrieg als Landarbeiter in Bürvenich

AN, 29.9.1992
Sie arbeiteten, schliefen und starben in den Stollen
20000 Zwangsarbeiter kamen beim Bau der V-2 im Harz um

AN, 15.6.1994
Ziel war „die Vernichtung durch Arbeit"
Entschädigung für sowjetische Zwangsarbeiter ist nicht mehr als eine Geste guten Willens

AN, 17.2.1995
Zwölf Millionen „Arbeitssklaven"
Ausländeranteil in deutscher Industrie lag 1944 im Durchschnitt bei 40 Prozent

Woche im Bundestag, 26.6.1996
Firmen sollen den Stiftungen freiwillig helfen
Regierung: Zwangsarbeiter können Anspruch nicht direkt geltend machen – Appell bleibt allgemein

AN, 16.10.1998
Der Arbeitstag dauerte vom frühen Morgen bis zum späten Abend
Nach der Hochzeit zur Zwangsarbeit

AN, 18.6.1999
Überfällige Regelung für NS-Opfer soll schnell und fair erfolgen
Fast einig über Entschädigung

DZ, 1.7.1999
Das Massengrab bleibt unberührt
Eine Gedenkstätte soll mahnen
Stadt und Land finanzieren Ausbau mit Wällen, Pflaster und Infotafel [Jülich]

AN, 28.8.1999
Rasche Verständigung auf die Entschädigungszahlungen ist dringlich
Zeit läuft NS-Opfern davon

AN, 8.9.1999
Fonds für Zwangsarbeiter
Drückeberger zur Zahlstelle

Düren im Blick, Dez. 1999
Beschäftigung von Zwangsarbeitern während der NS-Zeit

taz, 8.12.1999
Letzte Mahnung
NS-Zwangsarbeiter: Fast 55 Jahre nach Kriegsende weigern sich noch immer viele Unternehmen zu entschädigen. Seit über einem Jahr pokern Bundesregierung und Industrie mit den Opfern. Die Verhandlungen stocken. Acht Milliarden Mark, sagte Schröder gestern, sind das letzte Angebot. Diese Firmen wollen laut American Jewish Committee nicht entschädigen. Wollen sie warten, bis auch der letzte Zwangsarbeiter gestorben ist? Und glauben sie, dass wir das hinnehmen? [folgt Liste des AJC]

AN, 8.12.1999
Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter steht auf der Kippe – Kanzler schreibt an Clinton – Lambsdorff: US-Seite ist am Zuge
Schröder: Acht Milliarden sind das letzte Angebot

Am 8.12.1999 wandte sich die Dürener Pax Christi-Gruppe mit einem Schreiben an 21 Firmen, überwiegend aus dem Stadtgebiet, mit der Bitte um Beantwortung verschiedener Fragen. Eine Kopie des Schreibens ging auch an die Vereinigten Industrie-Verbände.
Im Verlauf der folgenden Wochen beschäftigen und äußern sich zunehmend auch Politiker zum Thema mit Anträgen (PDS, Grüne) oder Schreiben an Firmen (Dietmar Nietan SPD-MdB).

AN, 9.12.1999
Verhandlungen für NS-Zwangsarbeiter drohen zu scheitern
Schröder: Das ist das letzte Angebot

DN, 9.12.1999
Jüdische Organisation veröffentlicht im Internet eine Liste von Firmen
Zwangsarbeiter im Kreis Düren?

DZ, 9.12.1999
NS-Arbeiterliste trifft auch Region: Firmen überrascht
Opfer-Anwalt sieht Möglichkeit zur Einigung

??
Zwangsarbeit: Rat erhielt Bölings Liste
PDS fordert Hilfe bei der Entschädigung

DZ, 9.12.1999
Thema Zwangsarbeit hat Düren erreicht
Jüdische Initiative mahnt Firmen, die nicht zahlen

AZ, 9.12.1999
Deutscher Industrie droht Prozess-Lawine
Zwangsarbeiter-Gespräche weiter schwierig

AN, 10.12.1999
Zwangsarbeiter-Entschädigung

Harte Kritik an Schröder

AN, 10.12.1999
Leserbrief Rudolf Motter, Stolberg
Entschädigung für alle

AN, 10.12.1999
Leserbrief Anton Grendel, VdK Kreisverband, Aachen
Hier wird mit zweierlei Maß gemessen

DN, 10.12.1999
MdB Nietan zu Parteitag und NS-Arbeiterliste
„Schweigen wäre fatal“

AN, 11.12.1999
NS-Zwangsarbeiter: Lambsdorff und Eizenstat sehen Chancen
Einigung noch möglich

DZ, 11.12.1999
Zwangsarbeit: VIV klärt auf

DN, 11.12.1999
Zwangsarbeiter: Industrie will bei Aufklärung behilflich sein
Bis jetzt keine Entschädigung verlangt?

DN, 11.12.1999
Zwangsarbeit in der NS-Zeit: 14 Dürener Firmen sollen Stellung nehmen
„Pax Christi“ will mehr wissen

Super Sonntag, 12.12.1999
Liste enthält auch sieben Firmen aus Düren
Wurden Zwangsarbeiter im Kreis beschäftigt?
Firmen wurden überrascht

Super Mittwoch, 15.12.1999
Liebe Leserinnen und Leser!
Das Thema Zwangsarbeiter hat nun auch Düren erreicht ...

DN, 16.12.1999
Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter steht – Auch Firmen aus der Region?
„Haben normalen Lohn gezahlt“

DN, 17.12.1999
Fremdarbeiter während des Krieges in Düren – Zeitzeuge erinnert sich
„Franzosen und einen Juden zugeteilt“

DZ, 17.12.1999
P.E. Bröcker, Beethovenweg 22, Düren, schreibt:
Betrieb hatte keinen Vorteil

DZ, 17.12.1999
Zwangsarbeit: Industrieverbände prüfen moralische Verpflichtung
Das Stadtarchiv Düren lieferte keine weitergehenden Erkenntnisse

AN, 18.12.1999
Einigung im Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern
Späte Sühne: Zehn Milliarden Mark

AN, 18.12.1999
Entschädigung von Zwangsarbeitern: Bundespräsident dankbar und erleichtert
„Ihre Leiden werden wir nie vergessen"

taz, 18./19.12.1999
Bundespräsident Rau bittet NS-Zwangsarbeiter um Vergebung
Abschluss der Entschädigungsverhandlungen: Regierung und Wirtschaft zahlen zehn Milliarden Mark

Niederschrift über die 3. Sitzung des Kreisausschusses am 21.12.1999
Zwangsarbeit während der NS-Herrschaft
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 14.12.1999 (Drs.Nr. 656/99n)
Der Landrat weist darauf hin, es habe erste Gespräche mit der Industrie gegeben und im Rahmen einer Studie werde derzeit die mögliche Verantwortung der Dürener Industrie beim Einsatz von Zwangsarbeitern ausgearbeitet. Parallel prüfe der Kreis seine Verantwortung und werde diesbezüglich auch bei den kreisangehörigen Kommunen nachfragen. Der Landrat sagte außerdem zu, den Kreisausschuss über alle neuen Erkenntnisse umgehend zu informieren.

DN, 21.12.1999
Zwangsarbeiter: Industrieverband will Aufklärung
„Düren ohne KZ-Häftlinge"

DN, 21.12.1999
Leserbrief Rolf Dieter Zens, Kreuzau
Bürger muss Druck ausüben

DN, 21.12.1999
Leserbrief Georg Fritzen, Düren
Nicht erst seit 14 Tagen ...

DZ, 21.12.1999
Zur Arbeit gezwungen?
Nietan fragt Firmenchefs

DZ, 23.12.1999
Unterlagen in Prüfung
Thema: Zwangsarbeiter [Kreisverwaltung]

DN, 23.12.1999
Zwangsarbeiter
Landrat sagte intensive Prüfung zu

DN, 23.12.1999
Zwangsarbeiter

Auch Kreis prüft Archive

DZ, 24.12.1999
Leserbrief Hans J. Domsta

Entrüstungsriten zelebriert

Gegen Jahresende plant die Dürener Pax Christi-Gruppe in Zusammenarbeit mit der Dürener Geschichtswerkstatt eine Podiumsdiskussion zum Thema, an der neben Zeitzeugen und Fachleuten auch Vertreter der Dürener Firmen bzw. des VIV teilnehmen sollen.

DN, 28.12.1999
Leserbrief Hans J. Domsta

Weshalb nicht früher?

Super Mittwoch, 29.12.1999
Ausschließlich Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Um Aufklärung bemüht

VIV zum Thema „Zwangsarbeiter"

DZ, 30.12.1999

Mit Zeitzeugen sprechen

Pax Christi und Geschichtswerkstatt laden ein

DN, 30.12.1999
Leserbrief Georg Fritzen auf Domsta

An Aufklärung interessiert?

DN, 31.12.1999
Kurz notiert

Zeitzeugen werden gesucht

DN, 31.12.1999
Leserbrief Helga Gülden-Dowe auf Domsta

Ausschließlich Polemik

Düren im Blick, Jan. 2000

Entschädigung für Zwangsarbeiter – in Düren (k)ein Thema?

links!, Januar/Februar 2000
Offene Liste/PDS: Vorstoss für die Entschädigung von Zwangsarbeitern durch Dürener Betriebe und die Kommune

Auch Dürener Firmen haben Zwangsarbeiter ausgebeutet

DZ, 4.1.2000
Leserbrief Georg Fritzen auf Domsta

Nur aus Entrüstung geschrieben?

AN, 5.1.2000
Leserbrief Karlheinz Ludwig, Jülich-Broich

Entschädigt wird, wer am lautesten schreit

DN, 14.1.2000
Kurz notiert
Diskussion zur Zwangsarbeit

DZ, 14.1.2000
Zwangsarbeit in Düren

DZ, 15.1.2000
Nicht an Pranger stellen
Zwangsarbeit: VIV warnt vor Nötigung von Firmen

Super Sonntag, 16.1.2000
Montag im Haus der Ev. Gemeinde
Ein reger Austausch
Zum Thema „Zwangsarbeiter in Düren“

AZ, 19.1.2000
„Die Opfer müssen Vorrang haben”
Tonlage bei Entschädigung wird schärfer

DN, 19.1.2000
Podiumsdiskussion zum Thema Zwangsarbeiter
„Emotionen im Spiel“

DZ, 19.1.2000
„Es müssen noch Unterlagen da sein“
Das Thema Zwangsarbeiter erhitzte die Gemüter

Super Mittwoch, 19.1.2000
Industrieverbände zum Thema Zwangsarbeit
„Es geht hierbei nicht um Schuld oder Sühne“
Bisherige Recherchen wurden bestätigt.

JN, 20.1.2000
Vereinigte Industrieverbände zum Thema Zwangsarbeit
„Lassen uns nicht nötigen“

DZ, 27.1.2000
Leserbrief Albrecht H. Schoof
Der Staat ist verantwortlich

DZ, 28.1.2000
Leserbrief Lothar Böling
Märchen ist 55 Jahre alt

DN, 29.1.2000
Interview zum Wochenende“ mit Bernd Hahne, dem Vorsitzenden der Dürener Geschichtswerkstatt
„Wir stellen niemanden an den Pranger“

DN, 29.1.2000
Diskussion über Zwangsarbeiter

DZ, 5.2.2000
„Sich beteiligen heißt nicht, schuldig sein“
Zwangsarbeit: Nietan mit BDI auf einer Linie

AZ, 7.2.2000
Alte Postkarte führt Schwaben zu Ex-Zwangsarbeiterin
Das Mädchen aus Krumbach – Auf den Spuren von Hanna Schewtschenko – 77jährige Ukrainerin verarmt

DN, 10.2.2000
Streit um Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter
Industrieverband nicht an Aufarbeitung interessiert?

DZ, 12.2.2000
Leserbrief Dr. Werner Thewalt
Auch Deutsche leisteten Zwangsarbeit

DZ, 12.2.2000
Leserbrief Günter Seiz, Langerwehe
Die Bundeskasse soll den Fehlbetrag übernehmen

AN, 23.2.2000
Groß angelegte Briefaktion zur Zwangsarbeiterentschädigung läuft an
DIHT bittet Firmen zur Kasse

DN, 26.2.2000
Leserbrief Architekt P.E. Bröcker, Düren
War Düren Vorreiter?

DZ, 8.3.2000
Vorpreschen ein „schlechtes Signal“
Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern: Kreis zahlt noch nicht in den Fonds

AN, 9.3.2000
Ehemalige NS-Zwangsarbeiter sind verbittert
Viele werden Geld nicht mehr erleben

DZ, 17.3.2000
Zwangsarbeiter
Nietan stellt neuen Antrag

DN, 17.3.2000
Dietmar Nietan macht Dampf
Appell junger Abgeordneter zum Entschädigungsfonds

AZ, 23.3.2000
Letztes Ringen um Entschädigung
Zeit drängt für ehemalige Zwangsarbeiter – Weiter Kritik am Gesetz

AN, 24.3.2000
Die Aufteilung der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter ist geregelt

Den Opfern bleibt nicht sehr viel

Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreisausschusses am 28.03.2000
9. Anfragen

Gespräch mit den Vereinigten Industrieverbänden (VIV) zum NS-Entschädigungsfonds

Der Landrat informierte auf Nachfrage, er habe mit dem Vorsitzenden des VIV und dem Bürgermeister der Stadt Düren ein Gespräch über eine mögliche Beteiligung der Dürener Wirtschaft am NS-Entschädigungsfonds geführt. Derzeit würde durch den Verband eine eventuelle Beteiligung am NS-Entschädigungsfonds geprüft. Der VIV [hat] zwischenzeitlich in einem Schreiben seine Mitglieder aufgefordert, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

AZ, 31.3.2000
Aus anderer Sicht
Alles Geld den Opfern! Nichts den Organisationen!

Polemischer Nachruf

Michael Wolffsohn, Historiker und Publizist aus München, sieht es so

AN, 19.4.2000
Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern

Nur 13 Firmen aus der Region wollen zahlen

DN, 19.4.2000
Leserbrief Georg Fritzen

Seit Monaten kommt nichts

DN, 26.4.2000
Aufruf der Vereinigten Industrieverbände

Zwangsarbeit: Firmen sollen in Fonds zahlen

DZ, 27.4.2000

Krafft Walzen zahlt für Zwangsarbeiter

Eberhard Hess: Kein Schuldeingeständnis

DZ, 28.4.2000

Entschädigung von Zwangsarbeitern: Jede Firma entscheidet für sich selbst

Krafft-Walzen und Verbandswasserwerk Aldenhoven beteiligen sich am Fonds

AN, 2.6.2000
Zwangsarbeiter-Entschädigung: Wenig Resonanz bei Firmen in NRW

„Vergessen, Lethargie, faule Ausreden“

AZ, 14.6.2000

Zwangsarbeit: Jetzt kann Geld fließen

AZ, 14.6.2000
Aktuelles Stichwort

Zwangsarbeiterfonds

DN, 12.7.2000
Angemerkt
Zwangsarbeiter

Zehn Firmen machen mit

AZ, 18.7.2000
Kommentar Peter Pappert
Man darf die Zwangsarbeiter nicht mehr warten lassen
Schmach der Verweigerer

AZ, 18.7.2000
Meinung und Hintergrund
Ende eines langen Ringens
Großes internationales Interesse an Zwangsarbeiter-Entschädigung

AN, 20.7.2000
„Monitor": In vielen Klöstern waren Zwangsarbeiter beschäftigt
„Kirche forderte auch KZ-Häftlinge an"

AZ, 14.8.2000
Zwangsarbeit zugegeben
Katholische Kirche entdeckt neue Belegstücke

AZ, 20.9.2000
Zwangsarbeit im Bistum
Bisher 22 Namen ermittelt – Hinweise erbeten

AN, 26.9.2000
Erste Zahlungen bereits Ende Oktober geplant
Zwangsarbeiter: Kirche will rasch entschädigen

DN, 4.11.2000
Das Mädchen auf dem Arm der Zwangsarbeiterin
Ein 65 Jahre altes Bild und seine Geschichte

AN, 2.12.2000
Ansprüche verjährt
Niederlage für Zwangsarbeiter

DN, 6.12.2000
Zwangsarbeiter-Fonds
14 Firmen wollen sich beteiligen

DN, 18.1.2001
Bistum zahlt je 5000 Mark an zwei Personen – Bisher 150 Fälle ermittelt
Fremdarbeiter entschädigt

AN, 19.1.2001
Holocaust-Gedenktag: Jugendliche erforschen das Thema „Zwangsarbeit"
Schüler befragen Zeitzeugen

SuperSonntag, 21.1.2001
Bistum Aachen bereitet Entschädigung von Zwangsarbeitern vor
140 Fremdarbeiter im Bistum

AZ, 24.1.2001
NS-Opfer stehen vor letzter Hürde
Entscheidung zu Zwangsarbeitern erwartet [Urteil Shirley Kram]

AN, 3.2.2001
Kornelius van der Sluijs war Zwangsarbeiter der katholischen Kirche im Bistum Aachen
„Konnte mich nicht beklagen“

AZ, 3.2.2001
Gelassener Rückblick auf eine schreckliche Zeit
Niederländischer Zwangsarbeiter schildert in Aachen seine Erinnerungen – Am Arbeitsplatz von Nazis abgeholt

DN, 13.3.2001
Georg Fritzen schreibt
Trauerspiel Zwangsarbeiter

DN, 7.4.2001
Auch Deutsche waren Zwangsarbeiter, aber eine Entschädigung dafür gibt es für die Betroffenen nicht
Junger Hass entspringt aus alten Wunden

DN, 15.5.2001
Zwangsarbeiter: Regierung beklagt Lage
Lauter neue Unklarheiten

DZ, 19.5.2001
DKB soll in Stiftung zahlen

AN, 23.5.2001
Deutsche Industrie lenkt nach erbittertem Streit ein: Zahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter können bald beginnen
Entschädigung: Weg ist fast frei

AZ, 25.5.2001
Debatte um Zinsen für Zwangsarbeiter
Am Mittwoch wird Rechtssicherheit verkündet

DZ, 31.5.2001
Nietan dankt Unternehmen

AN, 15.6.2001
Arbeitsgruppe unter Leitung von TH-Professor Paul Thomes untersuchte das Los von rund 12000 Zwangsarbeitern in Aachen
Hunger und Schikane in mehr als 30 Lagern

AN, 18.10.2001
Dokumentation für die Stadt Aachen liegt vor
Zwangsarbeiter waren alltäglich

Weitere allgemeine Informationen im Internet unter

www.stiftungsinitiative.de und
www.ns-zwangsarbeiterlohn.de

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **09.12.1999**

Thema Zwangsarbeit hat Düren erreicht

Jüdische Initiative mahnt Firmen, die nicht zahlen

Düren. Zahlreiche Dürener Unternehmen haben während der Kriegsjahre Arbeiter aus Italien, Frankreich und Russland beschäftigt. Eine Liste, die dem Stadtrat in der vergangenen Woche von der PDS vorgelegt wurde, enthält 46 Namen von Firmen (wir berichteten). In einem Artikel vom gestrigen Mittwoch wird die „taz" unter dem Titel „Letzte Mahnung" deutlicher. Sie veröffentlichte eine Liste von Industriebetrieben, die sich bis heute geweigert hätten, in den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter zu zahlen. Dabei werden auch sieben Dürener Firmen genannt, mit Telefonnummern und Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern. Die Zeitung beruft sich dabei auf US-amerikanische Quellen.

Die alphabetische Liste stammt vom „American Jewish Committee", das von der Bundesrepublik die Entschädigung von Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg fordert. Viele Unternehmen in der Bundesrepublik, so kritisiert das Komitee, weigerten sich immer noch, sich an dem geplanten Entschädigungsfonds zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang werden die Firmen Isola, Carl Krafft & Söhne, Eberhard Hoesch & Söhne, Julius Hoesch GmbH, Schoeller Anker Teppiche, Zimmermann und Jansen und Thomas Josef Heimbach genannt.

Für Zimmermann und Jansen erklärte gestern Klaus Koch gegenüber unserer Zeitung, man stehe inzwischen in Kontakt zur Stiftungsinitiative für den Entschädigungsfonds. Das Unternehmen habe, wie damals in der Industrie allgemein üblich, Kriegsgefangene beschäftigt. Die Behandlung des Themas sei deshalb auch eine Frage der Definition.

Koch: „Wir stehen auf einer Liste und wissen nicht, was damit eigentlich gemeint ist. Da gibt es für uns noch Klärungsbedarf." (wts)

Jüdische Organisation veröffentlicht im Internet eine Liste von Firmen

Zwangsarbeiter im Kreis Düren?

Kreis Düren (oha/bugi). Haben auch Firmen aus dem Kreis Düren in der Nazi-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigt? Das behauptet das American Jewish Committee, das gestern im Internet eine Liste der Firmen veröffentlicht hat, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben sollen – darunter Firmen aus der Region.

Dass während des „Dritten Reiches" Zwangsarbeiter bei saatlichen Einrichtungen im Kreisgebiet beschäftigt waren, ist keine neue Erkenntnis – über 1000 Personen mussten allein beim ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerk in Jülich arbeiten. Von Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, war bisher nicht die Rede. Das American Jewish Comittee (AJC) hat nun eine Liste mit Namen von 257 Firmen veröffentlicht, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben sollen und sich nicht am Entschädigungsfonds beteiligen. Aus der Dürener Region sind aufgeführt: Thomas Josef Heimbach, Eberhard Hoesch und Söhne, Isola AG, Krafft und Söhne, Anker Teppich, Zimmermann und Jansen GmbH. Aus Jülich: Gissler & Pass und die Zuckerfabrik Jülich. Laut AJC sollen bei Gissler & Pass 80 Personen, bei der Zuckerfabrik 200 Personen beschäftigt gewesen sein.

Personalakten gewälzt

Finanzvorstand Dr. Peter Gaydoul von der Isola AG sagte gestern gegenüber den Nachrichten eine sorgfältige Überprüfung zu - auch beim Mutter-Unternehmen Rüttgers AG. Bislang habe das Studium von Archiven und Personalakten jedoch keinen Hinweis auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern ergeben. Gaydoul: „Dennoch kann man nichts ausschließen. Es würde mich aber schon einmal interessieren, wie wir auf diese Liste geraten sind?"

Klaus Koch, Coach bei Zimmermann und Jansen, sieht fast alle Firmen in der Republik betroffen. Das Dürener Unternehmen hat sich bereits mit der Stiftungsinitaitive von Otto Graf Lambsdorff in Verbindung gesetzt: „Es muss erst eindeutig geklärt werden, wer unter den Begriff Zwangsarbeiter fällt." Natürlich habe auch Zimmermann und Jansen 1943/44 Kriegsgefangene beschäftigt. Die seien aber ordnungsgemäß entlohnt worden.

Koch: „Da gab es Belgier und Franzosen, die wohnten in der Stadt. Nur die Russen kamen morgens aus einem Lager zr Arbeit. Die Lohnkarten sind zum Teil noch da, wir haben aber auch Zeitzeugen unter unseren Pensionären befragt." Koch fürchtet, dass es in einem aufgeheizten Klima kaum zu einer sachlichen Aufarbeitung des Themas kommt.

Ausschnitt aus
☐ Dürener Zeitung ☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Mittwoch ☐ Super Sonntag
vom 09.12.1999

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **11.12.1999**

Zwangsarbeit: VIV klärt auf

Kreis Düren. Die Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung (VIV) werden an der Aufklärung mitwirken, in welchem Ausmaß und unter welchen Bedingungen Mitgliedsunternehmen in den Kriegsjahren Zwangsarbeiter beschäftigt haben. Dies erklärte VIV-Geschäftsführer Hans-Harald Sowka gestern anlässlich einer VIV-Sondersitzung. Offenbar sei keine der Firmen, die jetzt in Listen von Unternehmen auftauchen, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben sollen, in den letzten Jahren von Interessengemeinschaften der Zwangsarbeiter auf Entschädigung in Anspruch genommen oder auch nur um Aufklärung gebeten worden. Von daher würden jetzt alle Firmen vom Vorgehen der Interessenorganisationen überrascht. Die Unternehmen, so hieß es gestern, werden nun prüfen, inwiefern sie Verantwortung tragen.

VIV will alle Informationen zusammentragen, die der gemeinsamen Aufarbeitung dienlich sein können. Welche Folgerungen aus dieser Aufarbeitung zu ziehen seien, lasse sich noch nicht abschätzen.

Ausschnitt aus
☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐ Super Sonntag
☒ Dürener Nachrichten
vom 11.12.1999

Zwangsarbeit in der NS-Zeit: 14 Dürener Firmen sollen Stellung nehmen

„Pax Christi“ will mehr wissen

Düren (de). Post von der örtlichen „Pax-Christi“-Gruppe haben in diesen Tagen 14 Dürener Unternehmen bekommen, die während der NS-Zeit möglicherweise Zwangsarbeiter beschäftigt haben. Die Firmen werden gebeten, dazu Stellung zu beziehen.

„Pax Christi“ hat die Initiative im Zusammenhang mit der Mahnfeier zum Gedenken an die Reichspogromnacht in Arnoldsweiler gestartet. Dabei war an das dortige Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter erinnert worden. Dass Dürener Unternehmen damals Zwangsarbeiter beschäftigt haben, ist spätestens nach der Veröffentlichung eines Buches von Stadtarchivar Dr. Domsta im Jahr 1994 unbestritten. Es enthält eine entsprechende Liste (siehe Kasten).

„Hat Ihre Firma oder deren Vorgängerin Zwangsarbeiter(innen) beschäftigt? Wie lange wurden wie viele Menschen zwangsweise in ihrer Firma beschäftigt?“, werden die Unternehmen in dem Rundschreiben gefragt. Auch möchte „Pax Christi“ wissen, ob sich die jeweilige Firma am bundesweiten Entschädigungsfond beteiligt und/oder in der Vergangenheit schon auf eigene Initiative hin Entschädigungszahlungen geleistet bzw. sonst wie Kontakt mit früheren Zwangsarbeitern aufgenommen hat. „Wir meinen, dass eine offene Darstellung der damaligen Firmenpraxis und ein Hinweis auf heutige Bemühungen dem Ansehen der Dürener Firmen nur nützen könnten“, heißt es abschließend in dem von Gruppensprecher Georg Fritzen unterzeichneten Schreiben.

Dankbar wäre die „Pax Christi“-Gruppe auch für Hinweise auf öffentlich zugängliche oder interne Dokumente sowie auf mögliche Zeitzeugen.

Zum Thema

Insgesamt 17 Firmen betroffen

Im Buch „Die Entwicklung der Stadt Düren in den Jahren 1940-47“ sind 14 Unternehmen aufgeführt, die in der fraglichen Zeit ausländische Arbeiter beschäftigt haben. Die Liste wurde 1946 von der Besatzungsbehörde veröffenlicht; sie geht auf Eigenangaben der Firmen zurück: Im einzelnen handelt es sich um: Carl Canzler Apparate- und Maschinenbau, H. Depiereux, O. Dörries, Dürener Metallwerke, Elino, Gebr. Hannemann & Cie., Jean Klein, Karl Krafft& Söhne, das Glashüttenwerk Peill & Sohn , die Filztuchfabrik Pohl & Co., die Reichsbahn, die Zuckerfabrik Schoeller, Peill & Co., P.J. Wolff & Söhne und Zimmermann & Jansen. Nur zwei dieser Unternehmen (Karl Krafft & Söhne sowie Zimmermann & Jansen) tauchen auch in der Liste des American Jewish Comittee auf. Umgekehrt sind drei vom AJC benannte Firmen nicht in der „Dürener Liste“ enthalten: Thomas Josef Heimbach, Isola und Anker.

Ausschnitt aus
☐ Dürener Zeitung ☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Mittwoch ☐ Super Sonntag
vom 16.12.1999

Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter steht - Auch Firmen aus Region?

„Haben normalen Lohn gezahlt“

Kreis Düren (oha). Bei den Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ist ein Durchbruch erreicht. Mindestens zehn Milliarden Mark werden bereit gestellt. Müssen auch Firmen aus dem Kreis Düren in den Hilfsfonds einzahlen?

Nach Einschätzung von Dr. Stephan Kufferath-Kassner, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände im Kreis Düren, eher nicht. Zwar waren auch im Kreis Düren Zwangsarbeiter aus dem Osten beschäftigt, doch wurden diese nach den bisherigen Erkenntnissen ordnungsgemäß entlohnt. Dass das Geld nicht in den Taschen der Arbeiter landete, hatte andere Gründe. Dr. Kufferath: „Vom Staat wurde dann eine Zwangsabgabe erhoben, das Geld hat sich das Deutsche Reich angeeignet. Diesen Schuh muss sich der Staat heute anziehen. Den Unternehmen in unserer Region sind wohl keine Vermögensvorteile entstanden.“

Dies ist wohlgemerkt der derzeitige Wissensstand. Denn Archive mit Lohnlisten oder Ähnlichem kann kaum ein Betrieb im Raum Düren/Jülich vorweisen. Das meiste Material wurde im Krieg zerstört. Zeitzeugen gibt es kaum noch.

Kein Kontakt zu Opfern

„Wir wissen ja erst seit 14 Tagen, als die Liste des Jüdischen Komitees mit Firmennamen im Internet auftauchte, dass wir vielleicht betroffen sein könnten“, erklärt Dr. Kufferath. „Bislang ist ja auch noch kein Vertreter der Opfer konkret an uns herangetreten.“ Inzwischen hat der Vorsitzende alle Mitgliedfirmen der Vereinigten Industrieverbände angesprochen und um Aufklärung gebeten: „Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf zu erfahren, was gewesen ist. Wir verschließen uns nicht“, betont Dr. Kufferath. In den nächsten Tagen sollen erste Ergebnisse vorliegen.

Der Verbandsvorsitzende fürchtet allerdings, dass die Entschädigungsgelder ohnehin nicht bei den früheren Zwangsarbeitern in der Ukraine oder in Polen ankommen, sondern eher bei „gewieften Geldhaien in USA“ landen.

Und einen zweiten Wirtschaftszweig bringt Dr. Kufferath ins Spiel: „Die meisten Zwangsarbeiter waren damals in der Landwirtschaft beschäftigt.“

Ausschnitt aus
☒ Dürener Zeitung ☐ Dürener Nachrichten
☐ Super Mittwoch ☐ Super Sonntag
vom 17.12.1999

Zwangsarbeit: Industrieverbände prüfen moralische Verpflichtung

Das Stadtarchiv Düren lieferte keine weitergehenden Erkenntnisse

Kreis Düren. Die Vereinigten Industriebände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung (VIV) kündigten gestern an, sie würden gemeinsam mit den Unternehmen aus der Region prüfen, ob eine moralische Verantwortung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern bestehe.

Das Stadtarchiv Düren, so schreibt VIV-Geschäftsführer Hans-Harald Sowka, verfüge zum Thema Zwangsarbeit nicht über weitergehende Erkenntnisse, die über die Eigenangaben der Dürener Firmen hinausgingen, die diese 1946 auf Befragen der Besatzungsbehörden geliefert hatten. Die vom Stadtarchiv vorgelegten Ergebnisse ließen laut VIV keinerlei Erkenntnisse über die Zahl von Zwangsarbeitern zu. Vielmehr sei dort ausschließlich die Beschäftigung von Kriegsgefangenen angesprochen.

Die rechtliche Verantwortung für die Verschleppung der Zwangsarbeiter trage die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, schreiben die Industrieverbände. Rechtsansprüche von Zwangsarbeitern gegen Unternehmen aufgrund ihres Arbeitseinsatzes bestünden nicht oder jedenfalls wegen Verjährung nicht mehr. Ungeachtet dessen, so VIV-Geschäftsführer Sowka „werden wir gemeinsam mit den Unternehmen prüfen, ob eine moralische Verantwortung besteht".

Ausdrücklich weisen die VIV darauf hin, dass die Unternehmen sich durch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern keinen Vermögensvorteil verschafft hätten.

Im Zusammenhang mit der Entschädigung von Zwangsarbeitern waren in der vergangenen Woche auch die Firmen Isola, Carl Krafft & Söhne, Julius Hoesch GmbH, Schoeller Anker Teppiche, Zimmermann und Jansen sowie Thomas Josef Heimbach genannt worden. Die Interessenvertreter der früheren Zwangarbeiter werfen unter anderem diesen Firmen vor, sich nicht an dem Entschädigungsfonds beteiligen zu wollen. (jok)

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **21.12.1999**

Zur Arbeit gezwungen?

Nietan fragt Firmenchefs

Düren. Dürens Bundestagsabgeordneter Dietmar Nietan (SPD) hat sich jetzt mit Briefen in die Diskussion um die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern eingeschaltet. Er schrieb alle acht Firmen aus dem Kreis Düren an, die einer kürzlich veröffentlichen Liste des „American Jewisch Committee" zufolge während des „Dritten Reiches" Zwangsarbeiter beschäftigt haben sollen, zu deren Entschädigung jedoch nichts beitragen wollen.

So fragt Nietan die Firmenchefs in seinem Brief nach einer Beteiligung an der Stiftungsinitiative zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und fährt fort: „Falls Sie sich entschlossen haben, sich nicht zu beteiligen, frage ich Sie nach den Gründen. Ich frage das ohne jegliche Vorverurteilung. Ich finde, dass wir verpflichtet sind, die Diskussion um die Entschädigung der Zwangsarbeiter sachlich, aber öffentlich zu führen, damit historische Schuld und historische Schulden ohne Geheimnistuerei offengelegt werden können." Es müsse klar werden, dass unsere Firmen nichts zu verbergen hätten. Nietan: „Es gibt, wie Bundespräsident Rau gesagt hat, eine moralische Dimension, die nicht durch Gegenrechnungen aufgehoben werden kann."

Dietmar Nietan: „Es gibt eine moralische Dimension, die nicht durch Gegenrechnungen aufgehoben werden kann." Foto: jok

Insgesamt hat die Interessenvertretung der ehemaligen Zwangsarbeiter eine Liste mit 267 deutschen Firmen erarbeitet, die während der NS-Zeit Zwangsarbeit nutzten. Ihre Beteiligung an einem gemeinsamen Fonds zur Entschädigung der Zwangsarbeiter hätten, so Nietan in seinem Brief an die Firmenleiter, bislang nur rund 60 Unternehmen zugesagt. Das sei zuwenig, um den schätzungsweise 1,3 Millionen noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern die ihnen zustehenden Löhne nachbezahlen zu können. (jok)

Ausschnitt aus
☐ Dürener Zeitung
☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Mittwoch
☐ Super Sonntag
☐
vom 21.12.1999

Zwangsarbeiter: Industrieverband will Aufklärung

„Düren ohne KZ-Häftlinge“

Düren. Die Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung (VIV) bemühen sich weiter um Aufklärung zum Thema Zwangsarbeit. Hierbei gelte es - so der Geschäftsführer der VIV, Hans-Harald Sowka - sehr genau zu differenzieren:

Bei der Diskussion über Zwangsarbeit während des 2. Weltkrieges sei zu unterscheiden zwischen dem menschenverachtenden Einsatz von KZ-Häftlingen einerseits und den vor allem aus Osteuropa stammenden Zwangsarbeitern andererseits. Es gebe keinerlei Anzeichen dafür, dass KZ-Häftlinge in Unternehmen der Region eingesetzt wurden. Es habe in der Region auch kein KZ gegeben. Kriegsgefangene stünden nicht in der Diskussion. Deren Behandlung sei völkerrechtlich geregelt.

Ins Reich verschleppt

Die Diskussion werde vor allem um die sogenannten Zwangsarbeiter geführt. Sowka: „Dies sind Menschen, die während der Kriegszeit in großer Zahl (mehrere Millionen) in das Deutsche Reich verschleppt wurden und in deutschen Unternehmen arbeiten mussten.“ Viele Unternehmen - auch aus dem Kreis Düren - standen während der letzten Kriegsjahre ohne Stammbelegschaft da, denn die Mitarbeiter waren fast alle an der Front. Deshalb waren zahlreiche Unternehmen in Deutschland auf die Mitarbeit von Zwangsarbeitern angewiesen zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Die Zwangsarbeiter wurden von den Unternehmen auf der rechtlichen Grundlage der 1942 in Kraft getretenen sogenannten „Ostarbeiterverordnung“ beschäftigt. Durch diese Rechtsverordnung des Reiches waren Entlohnung, Arbeitseinsatz, Unterbringung, medizinische Versorgung, Urlaub und sonstige Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter in allen Einzelheiten den Unternehmen vorgeschrieben. Die Unternehmen mußten für die Zwangsarbeiter den normalen Lohn eines deutschen Arbeiters entrichten, jedoch mit Modifikationen: Der Ostarbeiter selbst bekam ein Viertel der Entlohnung ausgezahlt, ein weiteres Viertel wurde ihm für Kost und Logie abgezogen. Der Restbetrag (die Hälfte des Lohns) mußte an das Deutsche Reich als Sondersteuer abgeführt werden. Sowka: „Das heißt, die Unternehmen haben sich durch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern keinen Vermögensvorteil verschafft.“

Das Stadtarchiv Düren verfüge nicht über weitergehende Erkenntnisse. Die rechtliche Verantwortung für die Verschleppung trage die BRD als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Rechtsansprüche von Zwangsarbeitern gegen Unternehmen aufgrund ihres Arbeitseinsatzes bestehen - auch nach Auffassung der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft - nicht wegen Verjährung. Ungeachtet dessen wollen die Industrieverbände gemeinsam mit den Unternehmen prüfen, ob eine moralische Verantwortung besteht.

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **24.12.1999**

Entrüstungsriten zelebriert

Auf einen Brief, den Georg Fritzen für die Dürener Pax-Christi-Gruppe an Dürener Unternehmen richtete, geht Dr. Hans J. Domsta, Auf dem Mönchenberg 15, Kreuzau-Bilstein, ein. Er schreibt:

„Herr Georg Fritzen und seine Pax-Christi-Gruppe zelebrieren wieder einmal Entrüstungsriten, diesmal zum Thema Zwangsarbeiter. Weshalb eigentlich erst jetzt? Herrn Fritzens Brief an Dürener Betriebe ist vom 8.12.99 datiert. Weshalb hat die Gruppe sich nicht schon 1994 entrüstet, als mein Buch "Düren 1940-1947" erschien mit zahlreichen Angaben über Fremdarbeiter und mit der Liste derjenigen Betriebe, die nach eigenen Angaben während des 2. Weltkrieges in Düren (die Industrieorte Birkesdorf, Krauthausen, Lendersdorf, Mariaweiler und Niederau gehörten damals noch nicht zu Düren) Ausländer beschäftigten? Weshalb nicht schon 1990, als der Dürener Geschichtsverein in den Dürener Geschichtsblättern Nr. 79 einen Aufsatz über "Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkrieges in der Gemeinde Nörvenich" veröffentlichte? Weshalb nicht schon 1987, als Hans Hilgers Erinnerungen "Aus Zwölf von Tausend Jahren" in den Dürener Geschichtsblättern Nr. 76 erschienen? Weshalb nicht schon 1985, als Ulrich Herberts Buch "Fremdarbeiter - Politik und Praxis des 'Ausländereinsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches" erschien? Alle Arbeiten und zahlreiche weitere zum Thema sind übrigens im Stadtarchiv Düren ausleihbar.

Es ist wesentlich einfacher, Entrüstung über andere und moralische Selbsterhöhung zu praktizieren als mühsam und zeitraubend Fakten zu recherchieren.

Ausschnitt aus
☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐ Super Sonntag
☒ Dürener Nachrichten
vom 05.01.2000

Entschädigt wird, wer am lautesten schreit

Zu Berichten über die Entschädigung von Zwangsarbeitern äußert sich Karlheinz Ludwig aus Jülich-Broich, Reiderstraße 7:

Entschädigt wird, wer am lautesten schreit, möchte ich zu den Artikeln „Hier wird mit zweierlei Maß gemessen" und „Entschädigung für alle" behaupten. Meine Großeltern in Westpreußen bekamen für die Bearbeitung der Landwirtschaft – wie viele andere auch – polnische und russische Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt. Diese fühlten sich bei freier Kost und Logis sehr wohl. Leider wurde das so anerkannt, dass die russische Armee bei der Gegenoffensive in West- und Ostpreußen Frauen und Kinder in Güterzüge pferchte und bis ins tiefste Russland transportierte. Dort durften sie, wenn sie ankamen, menschenunwürdig verpflegt und untergebracht, schwerste Arbeit verrichten. Authentisch belegt durch meine Mutter – damals 38 Jahre alt. Sie musste im Ural bis zum Bauch im Wasser Baumstämme flößen, wurde 1947 krank nach Hause entlassen. Nach zehn Jahren wieder einigermaßen genesen. Meine Tante, das gleiche Schicksal, verstarb an den vorangegangenen Strapazen. Das war das Schicksal vieler, aber ohne jegliche Entschädigung. Da spricht man nicht drüber – das war so. Das geht auch unsere Politik an.

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **14.01.2000**

Zwangsarbeit in Düren

Düren. Die Dürener Pax-Christi-Gruppe und die Dürener Geschichtswerkstatt veranstalten eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zwangsarbeiter in Dürener Firmen". Zeitzeugen und Vertreter der Industrie sowie der Dürener Historiker Dr. Horst Wallraff - er ist den DZ-Lesern als Autor unserer Serie „Die Nazis an der Rur" bekannt - sollen zum Thema befragt werden. Die Diskussion findet am Montag, 17. Januar, 19.30 Uhr, im Haus der Evangelischen Gemeinde statt. (sps)

Ausschnitt aus

☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐
☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Sonntag
vom **14.01.2000**

Diskussion zur Zwangsarbeit

Düren. Um Zwangsarbeiter bei Dürener Firmen in der NS-Zeit geht es bei einer Podiumsdiskussion am Montag, 17. Januar, um 19.30 Uhr im Haus der Evangelischen Gemeinde. „Pax Christi" und die „Dürener Geschichtswerkstatt" laden dazu ein. Befragt werden Zeitzeugen, Vertreter der Industrieverbände und einzelner Firmen sowie Experten wie der Historiker Dr. Horst Wallraff.

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **15.01.2000**

Nicht an Pranger stellen

Zwangsarbeit: VIV warnt vor Nötigung von Firmen

Kreis Düren. Die Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich und Euskirchen (VIV) weisen alle Versuche von selbst ernannten Interessenvertretern zurück, Unternehmen, die - tatsächlich oder angeblich - Zwangsarbeiter beschäftigt haben, öffentlich an den Pranger zu stellen. Dies erklärte der Vorsitzende der VIV, Dr. Kufferath-Kassner, anlässlich einer Sondersitzung des Verbandes.

Es gehe bei der Diskussion um die Zwangsarbeit richtigerweise nicht um Schuld oder Sühne. Dies würde auch nicht dem Geist der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft und dem Gesetzentwurf eines Stiftungsgesetzes der Bundesregierung entsprechen - im übrigen auch nicht dem Verständnis des American Jewish Committee als einer der Interessenvertretungen der Zwangsarbeiter. Wer versuche, Unternehmen an den Pranger zu stellen und zu einer Beteiligung an der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft geradezu zu nötigen, handele nicht im Sinne der Stiftungsinitiative und auch nicht im Sinne der Zwangsarbeiter. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, dass die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft bisher noch keine Richtlinien für eine Beteiligung mittelständischer Wirtschaftsunternehmen erarbeitet habe. Dies werde erst in einigen Wochen der Fall sein.

Die - nur noch bruchstückhaft möglichen - Recherchen in den Unternehmen, so schreiben die Industrieverbände, hätten die bisherigen Äußerungen der VIV bestätigt: Zwangsarbeiter seien von den Unternehmen vergütet worden - entsprechend der Rechtsverordnung über Ostarbeiter. Die Vergütungen habe denen der deutschen Mitarbeiter entsprochen. Teilweise habe es auch übertarifliche Vergütungen oder Bezahlung nach Akkord gegeben.

Die Zuweisung der Zwangsarbeiter sei durch das Arbeitsamt erfolgt, die gesundheitliche Betreuung durch Amtsärzte. Auch im übrigen sei die Behandlung der Ostarbeiter genau vorgeschrieben gewesen, z.B. hinsichtlich: Krankenversicherung, Unterbringung, Urlaub.

Ausschnitt aus

☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐
☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Sonntag
vom **19.01.2000**

Podiumsdiskussion zum Thema Zwangsarbeiter

„Emotionen im Spiel“

Kreis Düren. Auf lebhaftes Interesse stieß eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zwangsarbeiter in Düren“ im Haus der Evangelischen Gemeinde, zu der Pax Christi und die Dürener Geschichtswerkstatt eingeladen hatten.

Ludger Dowe, der zusammen mit Peter Heinzke von der Evangelischen Familienbildungsstätte, den Abend moderierte, sagte zu den Zielen der Veranstaltung: „Wir wollen kein Tribunal veranstalten. Es geht darum, ins Gespräch zu kommen.“

Historiker Dr. Horst Walraff, dessen Buch über die NS-Zeit in Düren, das einen Abschnitt über Fremdarbeiter enthält, in Kürze erscheint, stand als Experte zur Verfügung. Bernd Hahne sprach über die Stiftungsinitative zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter, bei der nach neuestem Stand 120 Firmen Mitglied seien.

Vertreter von Dürener Initiativen und Gruppen, die sich mit dem Thema befasst haben, kamen ebenso zu Wort wie Zeitzeugen, die facettenreiche Berichte zum Thema lieferten. Der für Vertreter der Industrieverbände reservierte Tisch blieb leer.

Georg Fritzen von Pax Christi erläuterte die vergeblichen Bemühungen der Veranstalter, Vertreter des Industrieverbandes an den Diskussionstisch zu bekommen. 21 Dürener Firmen seien, so berichtete er weiter, angeschrieben und zur Zwangsarbeit befragt worden, acht hätten inzwischen reagiert.

Bernd Hahne zog das Fazit: „Der Abend zeigt, dass noch sehr große Emotionen und Empfindlichkeiten im Raume stehen.“

„Es müssen noch Unterlagen da sein“

Das Thema Zwangsarbeit erhitzte die Gemüter

Von Josef Kreutzer

Düren. „Entschädigung für Zwangsarbeiter - in Düren (k)ein Thema?“. Die Dürener Pax Christi-Gruppe und die Dürener Geschichtswerkstatt stellten diese heikle Frage am Montagabend im Saal der Evangelischen Gemeinde öffentlich zur Diskussion und machten sie damit zum Thema. Ein Thema, das auf erstaunlich große Resonanz stieß: Weit über 100 Zuhörer hatten sich im Saal eingefunden, um die zweieinhalbstündige Diskussion mit Experten, Zeitzeugen sowie Vertretern von Initiativen und Firmen zu verfolgen. Doch als die Moderatoren Peter Heinzke und Ludger Dowe die Gäste begrüßten, da waren die für die Industrievertreter reservierten Podiumsplätze leer. Und sie sollten es auch bleiben. Stattdessen wurden Absagen verlesen.

Entschädigung für Zwangsarbeiter? Für die hiesigen Firmen ist das offensichtlich kein Thema. Jedenfalls keines, zu dem sie öffentlich Stellung beziehen wollen. Wer versuche, Unternehmen an den Pranger zu stellen und zu einer Beteiligung an der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft geradezu zu nötigen, handele nicht im Sinne der Stiftungsinitiative und auch nicht im Sinne der Zwangsarbeiter, hatte Hans-Harald Sowka, Geschäftsführer der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung (VIV), in der Samstag-Ausgabe unserer Zeitung für die VIV festgestellt. Bekanntlich haben die VIV es sich zur Aufgabe gemacht, das Thema Zwangsarbeiter für alle Firmen aus dem Dürener Raum aufzuklären - intern.

Zitiert

„Die Industrieverbände haben klug gehandelt, als sie sich dazu entschlossen, sich nicht als Watschenpepi unter Sie zu mischen.“

Dr. Rainer Tillessen (Isola)

Doch mit Nötigung hatten die Veranstalter am Montag nichts im Sinn. „Das soll kein Tribunal werden. Hier geht es nicht um moralische Entrüstung, sondern um Erfahrung, Information und Meinung. Wir wollen keine Schuldigen vorführen, sondern ins Gespräch kommen“, gab Ludger Dowe von der Pax Christi-Gruppe eingangs die Marschrichtung vor. Acht Millionen ausländische Menschen arbeiteten bis 1944 unter Zwang im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft, informierte der Dürener Historiker Dr. Horst Wallraff, Autor unserer Serie „Die Nazis an der Rur“.

Zweieinhalb Stunden wurde am Montagabend in Düren über die Entschädigung von Zwangsarbeitern diskutiert - allerdings blieben die Stühle der Firmenvertreter leer. Hier spricht Barthel Rankers. Foto: jok

Dass Düren angesichts dessen keine „Insel der Glückseligkeit“ gewesen sein könne, stellte Bernd Hahne von der Geschichtswerkstatt fest. Zeitzeugen und Redner aus dem Publikum illustrierten das Thema mit eigenen Erfahrungen. Dabei wurden Facetten deutlich. So gab es auch Dürener, die in einem Zwangsarbeiter den Menschen sahen und ihn entsprechend behandelten.

Als Georg Canzler in Reihen der Zuhörer aufstand, um von französischen Kriegsgefangenen zu berichten, die nach ihrer Freilassung 1940 freiwillig nach Düren zurückkehrten, um bei Canzler zu arbeiten, da ergänzte der Kommunist Barthel Rankers dieses Bild. Er zog Karteikarten aus dem Canzler-Firmenarchiv aus seiner Tasche, die die Fälle geflohener Franzosen dokumentieren: „Ihnen wird es bei Canzler ja wohl kaum so gut gefallen haben“, bemerkte Rankers süffisant. Dr. Rainer Tillessen, ebenfalls als Zuhörer gekommen, meldete sich zu Wort und wies darauf hin, dass alle Firmen, so auch die Isola, gezwungen waren, Zwangsarbeiter zu beschäftigen, um das von ihnen erwartete Soll zu erfüllen.

„Wir alle gehören der Sohn-Generation an und alle Deutsche tragen das Kainsmal. Warum anonymisiert man die Wirtschaft jetzt und fordert sie zu den Zahlungen auf?

(Fortsetzung auf 2. Lokalseite)

Ausschnitt aus
☒ Dürener Zeitung ☐ Dürener Nachrichten
☐ Super Mittwoch ☐ Super Sonntag
vom 19.01.2000

Ausschnitt aus
[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]
vom 19.01.2000

„Es müssen noch Unterlagen da sein“

(Fortsetzung von 1. Lokalseite)

Wenn alle Bundesbürger 125 Mark geben, dann kommen die zehn Milliarden auch zusammen“, plädierte er für die gleichmäßige Belastung aller. Überdies beteilige sich die Isola AG über ihren Mutterkonzern an der Stiftung.
Das rief bei Dietmar Nietan MdB heftigen Widerstand hervor: „Die Wirtschaft hat am Krieg verdient und will die Folgekosten nun auf die Gemeinschaft abwälzen - das kann doch nicht wahr sein!“, kritisierte der Genosse „die mangelnde Bereitschaft der Dürener Firmen, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen“. Sein Rundschreiben, mit dem er bei den Unternehmen wertfrei Auskünfte über Zwangsarbeit einholen wollte, sei jedenfalls nicht sehr ergiebig gewesen. Nietan: „Wer Licht ins Dunkel bringen will, muss sich auch noch als Nestbeschmutzer beschimpfen lassen.“

„Sippenhaftung ist abgeschafft“

Wer hat Zwangsarbeiter beschäftigt und wer nicht? Ausdrücklich war es nicht die Absicht der Veranstalter, Schuld aufzurechnen. Doch plötzlich war man bei diesem Thema: Zwischen Fakten und Vorwürfen zu unterscheiden, das fällt sehr schwer. Dr. Tillessen begrüßte es jedenfalls „als Kulturleistung, dass die Sippenhaft abgeschafft ist“.
Vielfach reklamieren die Firmen die totale Zerstörung Dürens zu ihren Gunsten: Ohne Archive keine Dokumente, ohne Dokumente keine Schuld, ohne Schuld keine Zahlung, so ihre Rechnung. Das Argument, die Archive seien im Krieg zerstört worden, bekam auch Dr. Horst Wallraff bei den Recherchen für seine Dissertationsschrift über die Nazis in der Region häufig zu hören: „Es gibt Fälle, bei denen weiß ich genau, dass noch Unterlagen vorhanden sein müssen.“ Mit einem interessanten Hinweis wartete hier auch Zeitzeuge Peter Viehofer auf: Als das Papiermuseum aufgebaut wurde, hätten Dürener Firmen umfangreiches Material aus der Zeit vor 1945 bereitgestellt.

„Die großen Firmen haben es doch vorgemacht“

Am Ende appellierte Bernd Hahne an die Wirtschaft, ihren Umgang mit der eigenen Vergangenheit zu überdenken. „Firmen wie VW und Siemens haben es vorgemacht, und es hat ihnen gut getan. Sogar der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert die Unternehmen in ihrer Gesamtheit dazu auf, sich finanziell an der Stiftung zu beteiligen.“
Dürens früherer Bürgermeister Josef Vosen mahnte indes zu gegenseitiger Rücksichtnahme. Er erinnerte an den „Geist des Verzeihens“, den die Juden gezeigt hätten, die Düren unlängst wieder besuchten. „Wir sollten die Geschichte abwickeln, ohne dass es allzu viele Verletzte gibt“, mahnte er zu Einsicht und Zurückhaltung.

Ausschnitt aus

☐ Dürener Zeitung ☐ Dürener Nachrichten

☐ Super Mittwoch ☐ Super Sonntag

☒ Jülicher Nachrichten vom **20.01.2000**

Vereinigte Industrieverbände zum Thema Zwangsarbeit

„Lassen uns nicht nötigen“

Kreis Düren. Die Vereinigten Industrieverbände (VIV) weisen alle Versuche von selbst ernannten Interessenvertretern zurück, Unternehmen, die – tatsächlich oder angeblich – Zwangsarbeiter beschäftigt haben, an den Pranger zu stellen. Dies erklärte VIV-Vorsitzender Dr. Kufferath-Kassner anlässlich einer Sondersitzung des Verbandes.

Es gehe bei der Diskussion um die Zwangsarbeit richtigerweise nicht um Schuld oder Sühne. Dies würde auch nicht dem Geist der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft und dem Gesetzentwurf eines Stiftungsgesetzes der Bundesregierung entsprechen, hieß es ferner.

Es entspreche im übrigen auch nicht dem Verständnis des American Jewish Committee als einer der Interessenvertretungen der Zwangsarbeiter.

„Nutzt nichts“

Wer versuche, Unternehmen öffentlich an den Pranger zu stellen und zu einer Beteiligung an der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft geradezu zu nötigen, handele nicht im Sinne der Initiative und auch nicht im Sinne der Zwangsarbeiter.

Keine Richtlinien

Es sei darauf hinzuweisen, dass die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft bisher noch keine Richtlinien für eine Beteiligung mittelständischer Wirtschaftsunternehmen erarbeitet habe. Dies werde erst in einigen Wochen der Fall sein.

Die – nur noch bruchstückhaft möglichen – Recherchen in den Unternehmen hätten die bisherigen Äußerungen der VIV bestätigt: Zwangsarbeiter sind von den Unternehmen vergütet worden - entsprechend der Rechtsverordnung über Ostarbeiter.

Die Vergütungen entsprachen denen der deutschen Mitarbeiter. Teilweise gab es auch übertarifliche Vergütungen oder Bezahlung nach Akkord.

Die Zuweisung der Zwangsarbeiter erfolgte durch das Arbeitsamt, die gesundheitliche Betreuung durch Amtsärzte. Die Behandlung der Ostarbeiter sei genau vorgeschrieben gewesen, zum Beispiel hinsichtlich Krankenversicherung, Unterbringung, Urlaub.

Der Vorsitzende der Vereinigten Industrieverbände Düren, Dr. Kufferath-Kassner, wehrt sich dagegen, dass Unternehmen öffentlich an den Pranger gestellt werden. Foto: Archiv

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **27.01.2000**

Leser schreiben

Der Staat ist verantwortlich

Zum Thema Entschädigung von Zwangsarbeitern (DZ vom 19. Januar) äußert sich Albrecht H. Schoof, Kallenstraße 1 in Langerwehe. Er schreibt:

Die dringend notwendige Entschädigung ist Teil einer Erbschaft. Die Politik hat die Zwangsarbeit veranlasst, wie die Ursachen der Zwangsarbeit von Politikern veranlasst wurden. Da ist es absurd, wenn heute die Unternehmen zur Wiedergutmachung aufgefordert werden. Wie absurd das ist, lässt sich am Beispiel darstellen. Ein Verfolgter der Nazizeit wandert in die USA aus, kauft sich Aktien der Firma Chrysler, die dann über 50 Jahre nach dem Kriegsende und Zwangsarbeit mit Daimler Benz fusioniert. Diesem Aktionär steht sein prozentualer Anteil am Geschäftsergebnis von Daimler-Chrysler zu und doch ganz sicher ungeschmälert um den Beitrag, den seine Firma für den Entschädigungsfonds abzweigen will. Warum soll der Mann dafür zahlen, während der Erbe des damaligen Hauptaktionärs heute in Österreich sitzt und nicht zahlt? Es müsste doch auch für Herrn Nietan als Politiker klar sein, dass die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches für die Entschädigung der Zwangsarbeiter verantwortlich ist.

Ausschnitt aus
☐ Dürener Zeitung
☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Mittwoch
☐ Super Sonntag
☐
vom 10.02.2000

Streit um Entschädigungsfonds für Zwangarbeiter

Industrieverband nicht an Aufarbeitung interessiert?

Kreis Düren (oha). In der Diskussion um Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter ist ein Streit zwischen dem Geschäftsführer der Vereinigten Industrieverbände, Hans-Harald Sowka, und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dietmar Nietan entbrannt.

Nietan hatte die Unternehmen in der Region angeschrieben und gefragt, ob sie sich an dem Entschädigungsfonds der Industrie für Zwangsarbeiter im 2. Weltkrieg beteiligen werden. Dies hatte Sowka zur schriftlichen Gegenfrage an den SPD-Politiker veranlasst: „Wollen Sie sich zum selbst ernannten Sachwalter der Zwangsarbeiter machen? Wollen Sie öffentlichen Druck auf die Unternehmen ausüben?"

Sowka forderte weiter, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Unternehmen unmoralisch handeln, wenn sie sich nicht an der Stiftungsinitiative beteiligen: „Niemand sollte wegen einer solchen individuellen Entscheidung beschimpft oder auch nur kritisiert werden." Und wenn sich Unternehmen beteiligten, so dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass sie damit für begangenes Unrecht sühnten.

Im gleichen Schreiben legt Sowka klar, wie schwierig es ist, verlässliche Daten über die Beschäftigung von Zwangsarbeiter im Kreis Düren während des Krieges zu erhalten. Dietmar Nietan betont im Gegenzug, dass sein Schreiben an die Industrie keine Vorverurteilung darstelle. Der Bundestagsabgeordnete hält es jedoch gleichwohl für seine Pflicht, „sich darüber zu informieren, wie die betroffenen Unternehmen in meinem Wahlkreis mit dieser Frage umgehen." Nietan schlägt deshalb zurück: „Es kann nicht richtig sein, dass sich diejenigen, die kritische Fragen an die Geschichte stellen, dafür auch noch rechtfertigen müssen!" Welche Folgen es habe, wenn Dinge zu wenig hinterfragt werden, sei derzeit bei der Kohl-Spenden-Affäre zu beobachten.

Steuerzahler muss ran

Nietan wirft den Unternehmen in der Region vor, sich nicht an der Aufarbeitung der Nazi- Vergangenheit im Kreis Düren beteiligt zu haben. Die Erforschung dieses dunklen Kapitels sei lediglich mit Mitteln des Kreises und der Stadt Düren in den 80er Jahren vorangetrieben worden. Und der Politiker zeigt auf, dass ohnehin die Steuerzahler den größten Beitrag in den Entschädigungsfonds einzahlen. Schließlich übernehme der Saat die Hälfte des Stiftungsgeldes von fünf Milliarden Mark. Wenn ein Unternehmen sich an dem Fonds beteilige, könne es diese Zahlungen auch noch als Betriebsausgaben steuerlich geltend machen. Abschließend fragt der Abgeordnete den Industrieverband der Region, warum er sich nicht dem Aufruf des Bundesverbandes der deutschen Industrie anschließe, der alle Mitgliedsfirmen aufgefordert habe, sich am Entschädigungsfonds zu beteiligen.

Ausschnitt aus
[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]
vom 12.02.2000

„Die Bundeskasse soll den Fehlbetrag übernehmen“

Günter Seiz, Am Rotbach 4 in Langerwehe, äußert sich zum Thema „Entschädigung von Zwangsarbeitern“. Er schreibt:

Im Rahmen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung von Zwangsarbeitern hat sich der Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan kürzlich ausführlich geäußert. Er weist darauf hin, dass der BDI über die Industrie- und Handwerkskammern an alle deutschen Firmen mit mehr als 15 Mitarbeiter appellieren wird, einen angemessenen Beitrag in den Fonds einzuzahlen.

Da es Herr Nietan als Markenzeichen der Demokratie ansieht, dass kritische Fragen nicht in Hinterzimmern, sondern öffentlich diskutiert werden, melde ich mich zu dieser Thematik zu Wort: In diesen Tagen erleben wir, mit welch enormem Elan sich einige amerikanische Rechtsanwälte, die bereits die Vorgängen bei den Schweizer Banken gemeistert haben, nun auch dieser Sache annehmen. Plötzlich erkennen nun - mit skandalöser Verspätung - auch deutsche Politiker, wie z.B. der eifernde Herr Nietan, welch großem Unrecht die Zwangsarbeiter in der Nazi-Zeit ausgesetzt waren.

Dass dieses Unrecht erst nach mehr als 50 Jahren aufgegriffen wird, hat m. E. einen trivialen Grund: Die Kontrolle über die amerikanische Politik ist während des letzten Jahrzehnts Kartellen von Sonderinteressen wie z.B. der israelischen Lobby in den USA ausgeliefert. worden, die in der Lage sind, ihre eigenen Initiativen durchzusetzen. So haben jene Rechtsanwälte inzwischen erreicht, dass sich Deutschland durch ein bilaterales Abkommen zur Zahlung von zehn Milliarden DM verpflichtet hat. (Hoffentlich werden die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter davon ihren Anteil auch halten!)

Es ist absolut nichts dagegen einzuwenden, wenn deutsche Firmen, die im „Dritten Reich“ Zwangsarbeiter beschäftigt und daraus Nutzen gezogen haben, jetzt zur Zahlung der im Fonds noch fehlenden drei Milliarden aufgefordert werden. Dass aber auch auf solche Firmen moralischer Druck ausgeübt wird, die keine Zwangsarbeiter beschäftigt haben, weil sie z.B. erst nach 1945 gegründet wurden, ist nicht einzusehen. Wenn solche Firmen, die in dieser Hinsicht ohne Tadel sind, freiwillig spenden, ist das nur vertretbar, wenn sie das ohne eine vom Staat aufoktroyierte Verantwortung tun.

Andererseits darf einer Firma dieser Zielgruppe, falls sie keinen Beitrag an den Fonds abführt, nicht suggeriert werden, dass sie dann zwangsläufig zu tadeln ist, weil sie ohne einen freiwilligen Spendenbeitrag der deutschen Wirtschaft einen Standortschaden zufügen würde.

Wenn unsere Politiker eine moralische Verantwortung bei allen heute existierenden deutschen Firmen zu erkennen glauben, weil damals Zwangsarbeiter für die Nazis Waffen schmieden mussten, so sollten sie auch dafür eintreten, dass der ggf. an der willkürlich festgelegten Spenden-Gesamtsumme (5 Milliarden) noch fehlende Betrag dann auch noch von der Bundeskasse übernommen wird.

Ausschnitt aus

☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐
☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Sonntag
vom **26.02.2000**

War Düren Vorreiter?

Diplom-Ingenieur Architekt P. E. Bröcker aus Düren, Beethovenweg 22, schreibt zur Podiumsdiskussion in Sachen Zwangsarbeiter:

So fair auch das von der Dürener Geschichtswerkstatt und Pax Christi initiierte Kolloquium moderiert wurde, so blieben doch einige Bedenklichkeiten übrig. Die leider nicht ganz emotionsfrei geführte Diskussion zeigte kein konkretes Ergebnis, beklagte man letzlich das Fehlen jeglicher Unterlagen bei den betroffen Firmen infolge Krieggseinwirkungen. Also stellte sich Düren als Pilotprojekt als ungeeignet dar.

In Verfolgung reeller Absichten sollte man es nicht versäumen, eine von Kriegseinwirkungen weitgehend freie vergleichbare Industriestadt veranlassen, auf gleiche Art in sich zu gehen und sei es nur, die einheimische Privatindustrie, von der wir weitgehend leben, vom Makel der Unredlichkeit zu entlasten – aliquid pendit. Die Veranstalter sollten die Vorwürfe nicht einfach stehen lassen. Gibt es andere Städte, die eine ähnliche Diskussion durchführten oder war Düren Vorreiter in Sachen Aufarbeitung der Geschichte?

Es liegt n der Natur der Sache, dass es auch in Düren nicht allen Fremdarbeitern gut ergangen ist. Kann derjenige, der menschliches Fehlverhalten anprangert, sicher sein, ob sein Vater oder Großvater als Soldat an der Front human oder korrekt gehandelt hat? Es war Krieg und viel Unrecht geschah, und sei es nur zum eigenen Schutz. Wollen wir dies heute noch wägen?

Was jedoch die Entlohnung der Fremdarbeiter betrifft, wurde durch Tabellen erwiesen, dass die Industrie sich nicht bereichert haben kann. Aber sie war dank dieser Zwangsarbeiter in der Lage, durch Aufrechterhaltung der Produktion der auch ihr zwanggsweise auferlegten Pflicht nachzukommen.

Ausschnitt aus
[X] Dürener Zeitung
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ] Dürener Nachrichten
vom 08.03.2000

Vorpreschen ein „schlechtes Signal“

Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern: Kreis zahlt noch nicht in den Fonds

Kreis Düren. Nicht durchsetzen konnten sich die Grünen (obwohl von SPD und FDP unterstützt) gegen die CDU-Mehrheit im Kreistag, als es um ihren Antrag ging, der Kreis solle 100 000 Mark in den Fonds zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern zahlen. Da sich die Bundesrepublik schwer tue, den Fonds entsprechend zu füllen, solle der Kreis, so die Grünen, „Vorbild sein, um seiner moralischen Verantwortung gerecht zu werden.“ Die CDU ist auch nicht bereit, diese Summe mit einem Sperrvermerk im 2000er Haushalt einzusetzen.

Einen Grund nannte Wolfgang Spelthahn: Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistag sprechen als Vertreter der Kommunen und Kreise im Moment darüber, sich für alle zu beteiligen. Wenn dies so komme, würden auch der Kreis Düren und „seine“ Kommunen einbezogen. „Wenn wir jetzt vorpreschen, wäre das ein schlechtes Signal“, warnte der Landrat.

Der Grünen-Antrag hatte die Kreisverwaltung veranlasst zu prüfen, ob es Hinweise gibt, dass NS-Zwangsarbeiter im Kreis Düren und im früheren Kreis Jülich beschäftigt waren. Ergebnis: Aus der Zeit von 1940-44 sind keine Unterlagen mehr zu finden; das meiste sei bei den Bombenangriffen im November 1944 vernichtet worden. Zudem müsse man davon ausgehen, dass auch nach Kriegsende Akten verschwunden sind. „Weder in den heutigen Aktenräumen der Kreisverwaltung, noch im Archiv der Stadt Düren wurden Hinweise auf Personen oder entsprechende Sachverhalte, die auf eine Beschäftigung von Zwangsarbeitern durch die Kreise Düren und Jülich schließen könnten, festgestellt.“

Auch Historiker Dr. Horst Wallraff, der sich bekanntlich intensivst mit der „Geschichte des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit im Kreis Düren beschäftigt, habe bei seinen Nachforschungen keine Hinweise auf Zwangsarbeiter-Tätigkeit im Kreisgebiet gefunden.

Spelthahn: „Aus rechtlichen Gründen kann der Kreis nicht verpflichtet werden, den Kommunen aufzugeben, ebenfalls eine entsprechende Prüfung durchzuführen oder gar das Ergebnis dieser Prüfung dem Kreis mit zu teilen.“ Eine solche Weisung wäre rechtlich nicht durch zu setzen. Dasselbe gelte mit Blick auf die hiesigen Unternehmen. Jeder habe für sich die geschichtliche Verantwortung zu klären und wahr zu nehmen. (nh)

Ausschnitt aus

☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐
☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Sonntag

vom **19.04.2000**

Seit Monaten kommt nichts

In Sachen Zwangsarbeiter-Entschädigung wendet sich Georg Fritzen für Pax Christio Düren an die Vereinigten Industrieverbände (VIV):

In den letzten Monaten ist es in Düren still geworden ist um das Thema Zwangsarbeiter. Gerade wurde im Bundestag wieder über die „Stiftungsinitiative" debattiert und von allen Parteien die Notwendigkeit einer Entschädigung betont. Beklagt wurden dabei auch die nur sehr zögernd eingehenden Zahlungen oder Verpflichtungserklärungen der deutschen Industrie.

Wie sieht es in Düren aus? Von der Firma Voith Sulzer haben wir erfahren, dass sich die Voith Konzern-Holding der Initiative anschließen wird.

Vom RWE erfuhren wir, dass es seit langem „in Kontakt steht mit der Stiftungsinitiative"(was auch immer das bedeutet). Die Isola ist nach eigenen Angaben über den RAG-Konzern Mitglied des Entschädigungsfonds.

Wie ist es bei den Firmen aus, die vom Verband (VIV) vertreten werden und die sich in ihren Antworten an uns darauf berufen? „Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf zu erfahren, was gewesen ist. Wir verschließen uns nicht." So wurde VIV-Vorsitzender dr. Kufferath am 16. Dezember 1999 von der Presse zitiert. Er kündigte damals Ergebnisse „für die nächsten Tage" an.

Seitdem ist der Frühling ins Land gekommen, aber leider kaum eine substanzielle Information an die Öffentlichkeit. Noch immer weiß man in Düren nicht, wie es mit der Beschäftigung von Zwangsarbeitern bei Dürener Firmen aussah.

Unabhängig von diesem Thema fragen sich Dürener Bürger heute: Sieht die Dürener Industrie in ihren angeschlossenen Firmen ihre Gesamtverantwortung (unabhängig von Fragen zu Schuld oder Unschuld!) und wird sie ihr gerecht durch Beteiligung am Entschädigungsfond? Ich bitte sehr um eine - offene - Antwort.

Ausschnitt aus

[X] Dürener Zeitung
[ ] Dürener Nachrichten
[ ] Super Mittwoch
[ ] Super Sonntag
[ ]

vom **28.04.2000**

Entschädigung von Zwangsarbeitern: Jede Firma entscheidet für sich selbst

Krafft-Walzen und Verbandswasserwerk Aldenhoven beteiligen sich am Fonds

Kreis Düren. Die Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung (VIV) unterstützen den Aufruf der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und bitten ihre Mitglieds-Unternehmen zu prüfen, ob sie sich der Stiftungsinitiative zur Entschädigung von Zwangsarbeitern anschließen wollen. Dies erklärte der Vorsitzende der VIV, Dr. Stephan A. Kufferath-Kassner. Die Unternehmen sollten vom Grundsatz der Solidarität der deutschen Wirtschaft leiten lassen.

Nach der Dürener Firma Carl Krafft & Söhne hat sich jetzt auch das Verbandswasserwerk Aldenhoven dazu entschlossen, dem Entschädigungs-Fonds für Zwangsarbeiter bei zu treten. Dies sei aber kein Eingeständnis, dass Zwangsarbeiter beschäftigt wurden; hierüber gibt es in beiden Fällen keine Hinweise. Es seien reine Signale der Solidarität.

Bei der Aufklärung der Historie unterstützt

Die VIV haben ihre Unternehmen in den letzten Monaten bei der Aufklärung der eigenen Historie unterstützt – in vielen Fällen ein schwieriges Unterfangen, da die meisten Unternehmen während des Krieges völlig zerstört wurden und daher kaum noch Belege existieren. Wenige gefundene Hinweise machten deutlich, dass die Zwangsarbeiter weder Menschen unwürdig untergebracht noch drangsaliert wurden. Sie hätten die gleichen Löhne wie deutsche Mitarbeiter erhalten. Nachgewiesenermaßen habe es auch übertarifliche Vergütungen oder Bezahlung nach Akkord für Zwangsarbeiter gegeben.

Behandlung im einzelnen durch Verordnung geregelt

Die Behandlung der Zwangsarbeiter war durch Rechtsverordnung im einzelnen geregelt. Entlohnung, Arbeitseinsatz, Unterbringung, medizinische Versorgung und die sonstigen Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter wurden hier festgelegt. Nach dieser „Ostarbeiterverordnung" bekamen die Zwangsarbeiter ein Viertel der Vergütung ausgezahlt, ein weiteres Viertel wurde für Kost und Logis abgezogen; die andere Hälfte des Lohns musste an das Deutsche Reich als Sondersteuer abgeführt werden. Die Unternehmen hätten also durch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern keinen Vermögensvorteil gehabt.

Zahlreiche Unternehmen seien in Deutschland auf die Mitarbeit von Zwangsarbeitern angewiesen gewesen zur Aufrechterhaltung des Betriebes, da die Stammbelegschaften fast durchgängig an der Front waren. Die Unternehmen hätten sich durchaus auch um das Wohl der Zwangsarbeiters (zum Beispiel durch Beschaffung von Kleidung und Schuhwerk) bemüht. Es gebe keinerlei Anzeichen für Schikane oder Misshandlungen.

Dr. Kufferath-Kassner: „Im übrigen wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder das Thema der Zwangsarbeit mit dem Schicksal von KZ-Häftlingen oder der Behandlung von Kriegsgefangenen unzulässig vermengt." Die Behandlung der Kriegsgefangenen sei völkerrechtlich geregelt. Diese seien im übrigen auch ausdrücklich von der Entschädigung durch die Stiftungsinitiative ausgenommen.

Die Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland für die Verschleppung der Zwangsarbeiter stehe außer Frage. Ob die einzelnen Unternehmen eine besondere moralische Verantwortung im Sinne der Stiftungsinitiative übernehmen wollen, müsse jedes für sich entscheiden.

Es geht nicht um Schuld oder Sühne

Es gehe nicht um Schuld oder Sühne. Deshalb dürften diejenigen Firmen, die sich an der Stiftungsinitiative beteiligten, nicht in ein falsches öffentliches Licht gerückt werden; und diejenigen, die sich nicht beteiligt haben, müssten für sich in Anspruch nehmen können, diese Entscheidung gewissenhaft geprüft zu haben.

Dr. Kufferath-Kassner abschließend: „Dies ist nicht die Stunde selbst ernannter Interessenvertreter, sondern die Stunde autonomer verantwortlicher Entscheidung der Unternehmen." (nh)

Ausschnitt aus

☐ Dürener Zeitung
☐ Super Mittwoch
☐

☒ Dürener Nachrichten
☐ Super Sonntag
vom **12.07.2000**

Angemerkt

Zwangsarbeiter

Zehn Firmen machen mit

Im Bundestag ist die Stiftungsinitiative in Sachen Zwangsarbeiter-Entschädigung endlich verabschiedet. Doch die Wirtschaft tut sich schwer, die zugesagten fünf Milliarden DM aufzubringen. Auch in Düren. Das weiß die Pax Christi Gruppe. Im Fonds sind Anker, Krafft, Gebr. Kufferath, Isola, Schoeller-Köttenich; Paul-Hartmann-AG, RWE, Thomas Josef Heimbach, Zanders, Zimmermann und Jansen). Sieben Firmen haben sich noch nicht gerührt; in einem Fall hat es mit dem Sonderweg - über eine holödinmg - offenbar auch noch nicht geklappt. Stand der PC-Recherche: 7. Juli. Vielleicht hat sich ja seither etwas getan - wenn nicht, wird es dringend Zeit! **Dieter Mätschke**